

Die Volkshochschulen: Bildung in öffentlicher Verantwortung

Volkshochschulen sind offen für alle Menschen. Unabhängig von Herkunft, Bildungsstand oder Weltanschauung treffen dort Menschen aufeinander, um miteinander und voneinander zu lernen. Die 858 Volkshochschulen in Deutschland, davon 63 in Rheinland-Pfalz, sind als kommunale Weiterbildungszentren Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und setzen mit ihrem breiten Programmangebot das Prinzip des Lebensbegleitenden Lernens praktisch um.

Volkshochschulen sind ...

- überparteilich und nicht konfessionsgebunden,
- nicht gewinnorientiert, kostengünstig und niedrighschwellig,
- offen für alle,
- flächendeckend präsent und wohnortnah bei den Menschen,
- qualitätsgeprüft, kompetent und innovationsfreudig,
- zentrale Partner der Kommune.



Politische Bildung an Volkshochschulen

Volkshochschulen verstehen sich seit ihrer Gründung als Orte der Demokratie. Mit ihren Angeboten der politischen Bildung regen sie ihre Teilnehmer*innen dazu an, sich kritisch mit politischen Themen auseinanderzusetzen, und fördern ihre Mitwirkung am gesellschaftlichen Leben. Durch ihre politische Neutralität und konfessionelle Unabhängigkeit sind Volkshochschulen geeignete Orte, um in der Kommune Diskussions- und Dialogprozesse zu initiieren und moderieren.

Politische Bildung an Volkshochschulen...

- vermittelt Sach- und Handlungskompetenz zur Teilhabe an der Gesellschaft,
- lädt ein zur Auseinandersetzung mit aktuellen Diskursen und thematisiert gesellschaftspolitische Herausforderungen in Hinblick auf ihre regionale Bedeutung,
- eröffnet direkte Kommunikations- und Diskussionsanlässe für Bürger*innen untereinander und mit politischen Entscheidungsträger*innen,
- setzt auf beteiligungsorientierte Methoden.



Der Fachbereich bietet in Rheinland-Pfalz:

mehr als
40.000 Teilnehmer*innen
mehr als
2.200 Kurse und Einzelveranstaltungen
rund
140.000 Unterrichtsstunden

Jährlicher Ø 2018-2021

50 % der Menschen in Rheinland-Pfalz in Angeboten des Programmbereichs „Politik – Gesellschaft – Umwelt“ sind **unter 35 Jahre alt***

Mit ihren Veranstaltungen der gesellschaftspolitischen Bildung sprechen Volkshochschulen ein breites Publikum an, sie haben jedoch gleichzeitig für bestimmte Zielgruppen besondere Formate entwickelt:

- Wirkungsvolles und nachhaltiges **bürgerschaftliches Engagement** setzt neben der Befähigung zur Mitwirkung am politischen Gemeinwesen auch hohe fachliche Kompetenz voraus. Volkshochschulen unterstützen das Ehrenamt durch Fortbildungen. Das Spektrum reicht dabei von Vereinsrecht und -führung bis zu Konfliktmanagement und interkultureller Kompetenz.
- Die außerschulische politische Bildung für **Jugendliche und junge Erwachsene** – insbesondere aus sogenannten bildungsfernen Milieus – hat jahrzehntelange Tradition an Volkshochschulen. Mit partizipativen Formaten wie Planspielen, Escape Rooms oder medienpädagogischen Workshops binden sie junge Menschen aktiv ein.
- Mit ihren Orientierungs- und Einbürgerungskursen ermöglichen Volkshochschulen **Menschen mit Zuwanderungsgeschichte**, das politische System zu verstehen und Teilhabe zu erfahren.

Seit 2012 unterstützen Volkshochschulen die von der Bundesregierung ausgerufenen **Bürgerdialoge** zur „Zukunft Deutschlands“, zum Thema „Gut Leben in Deutschland“ oder zur „Zukunft Europas“ und brachten mehrere Tausend Menschen untereinander wie auch mit ranghöchsten Politiker*innen, darunter der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel, ins Gespräch. Weitere Informationen unter www.vhs-buergerdialog.de.

Forderungen der Volkshochschulen für eine zukunftsfähige politische Erwachsenenbildungslandschaft

Damit sich die Menschen in Deutschland aktiv an der Ausgestaltung einer demokratischen und zukunftsfähigen Gesellschaft beteiligen können, müssen die Potenziale der gesellschaftspolitischen Erwachsenenbildung genutzt und gestärkt werden.

- **Förderung einer umfassenden politischen Bildung im Rahmen des Demokratiefördergesetzes**

Die Volkshochschulen begrüßen, dass im Rahmen des Demokratiefördergesetzes eine altersunabhängige Förderung von Maßnahmen zur Demokratiestärkung gefördert und somit die politische Erwachsenenbildung ausgebaut werden soll. Zentrale Zielsetzung des Demokratieförderungsgesetzes sollte die Stärkung einer umfassenden gesellschaftspolitischen Bildung sein, die sich nicht im Sinne eines defizitorientierten Präventionsgedankens ausschließlich auf Verhinderung und Vorbeugung von Extremismus beschränkt. Im Rahmen des Gesetzes müssen Maßnahmen gefördert werden, die den zivilen Umgang mit Konflikten und die Dialog- und Teilhabefähigkeit von Bürger*innen stärken und zur Mitwirkung am gesellschaftlichen Leben anregen. Dabei müssen Mittel für innovative Dialog- und Beteiligungsformate vorgesehen werden, deren Umsetzung unter der Regie von Volkshochschulen auf kommunaler Ebene gefördert wird.

- **Förderprogramm für nachhaltige Entwicklung**

Die Globale Nachhaltigkeitsagenda der Vereinten Nationen identifiziert Bildung als ein wesentliches Handlungsfeld, wenn es darum geht, Menschen für eine zukunftsfähige Lebensweise zu qualifizieren. Die Volkshochschulen halten es für unerlässlich, dass der Bund den „Nationalen Aktionsplan Bildung für nachhaltige Entwicklung“ in ein Förderprogramm überführt, das finanzielle Mittel zur Weiterbildung der breiten Bevölkerung bereitstellt, um das Thema strukturell in allen Bereichen der deutschen Bildungslandschaft zu verankern. Eine systematische Bildung der breiten Bevölkerung für nachhaltige Lebensweisen und zur Beteiligung an den dafür notwendigen Transformationsprozessen bedarf zudem fundierter Kurskonzepte und qualifizierter Lehrkräfte, die ebenfalls gefördert werden müssen.

Quellen

- Bayerischer Volkshochschulverband e.V.: *Für eine starke Demokratie: Volkshochschulen und politische Bildung. Hofer Erklärung der bayerischen Volkshochschulen. München 2022.*
- Deutscher Volkshochschul-Verband e.V.: *Forderungen der Volkshochschulen für eine zukunftsfähige Weiterbildung in Deutschland, online abrufbar: <https://www.volkshochschule.de/bildungspolitik/uebergreifendes/bundestagswahl-2021-politische-forderungen-der-vhs.php>.*
- Deutscher Volkshochschul-Verband e.V.: *Volkshochschule – Bildung in öffentlicher Verantwortung, Bonn 2019.*
- Deutscher Volkshochschul-Verband e.V. (Hrsg.): *Die Volkshochschule – Bildung in öffentlicher Verantwortung, 2. Auflage, Bonn 2011.*
- Echarti, Nicolas; Huntemann, Hella, Reichart, Elisabeth; Lux, Thomas: *Volkshochschul-Statistik. Berichtsjahre 2018 - 2021. Online abrufbar: <https://www.die-bonn.de/weiterbildung/statistik/vhs-statistik>.*

Impressum:

Verband der Volkshochschulen von Rheinland-Pfalz e.V.
Hintere Bleich 38
55116 Mainz

Stand: 08/2023